



Nr. 23

23. Juni 2016

Inhalt

[dbb Chef bei Meseberger Gespräch](#)

[Tarifbindung: Öffentliche Arbeitgeber müssen Vorbilder sein](#) +++

[Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes](#)

[Europäische Union soll öffentliche Investitionen fördern](#)

[und soziale Rechte stärken](#) +++

[Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung](#)

["Verdiente Wertschätzung" für](#)

[Bundesbeamte und Versorgungsempfänger](#) +++

[Lühmann zum Brexit-Referendum: „EU-Mitgliedschaft nicht leichtfertig aufgeben“](#) +++

[Lehrerbedarf in Sachsen – Russ: Gespräche „sachorientiert“](#) +++

[dbb mit Zertifikat „audit berufundfamilie“ ausgezeichnet](#) +++

[Mütterrente“ auch für Beamtinnen umsetzen](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBB sieht öffentlichen Dienst in Bayern als](#)

[„Arbeitgeber mit Vorbildfunktion“](#) +++

[NBB hat Besoldungs- und Versorgungserhöhungen für "eine Farce"](#) +++

[dbb sachsen-anhalt kritisiert: Jahressonderzahlung erst ab 2017](#) +++

[tbb fordert Rückkehr zur Verbeamtung von Lehrern](#) +++

[dbb und DPoG lehnen "Hilfspolizei" im Einsatz gegen Einbrecher ab](#) +++

[Erbchaftsteuer - Hängepartie vorläufig beendet](#)

[Eigentümer: Chance für verfassungsfeste Neuregelung verspielt](#) +++

[BDZ sieht "skandalöse Verschlechterung" in neuem Leiharbeitsgesetz](#) +++

[GDL unterstützt Ermittlungen](#) +++

[Bildungsbericht 2016 - VBE sieht Deutschland von Bildungsgerechtigkeit weit entfernt](#) +++

[Bildungsbericht 2016 - DPhV warnt vor Entwertung von Abschlüssen](#) +++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb



dbb Chef bei Meseberger Gespräch Tarifbindung: Öffentliche Arbeitgeber müssen Vorbilder sein

(dbb) Am 23. Juni 2016 kommen die Sozialpartner und die Bundesregierung erneut zu Gesprächen in Meseberg zusammen. Ein Thema wird erneut die sinkende Zahl der von Tarifverträgen erfassten Betriebe in Deutschland sein. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt erinnerte im Vorfeld an die Vorbildfunktion der öffentlichen Arbeitgeber bei der Tarifbindung: „Alle staatlichen Ebenen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und für den Erhalt von Flächentarifverträgen eintreten.“

„Das Land Hessen etwa ist nicht Teil der Tarifgemeinschaft deutscher Länder“, sagte Dauderstädt. „Ganz aktuell kämpfen auch die Beschäftigten der sächsischen Kommune Naunhof für die Einführung des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes. Die Privatisierungen von Kommunal- und Landesbetrieben in den letzten Jahrzehnten wie beispielsweise im Klinikbereich gingen ebenfalls oft mit der Ablösung von Flächen- durch Haus-Tarifverträge einher. Diese Beispiele zeigen, dass es bei den öffentlichen Arbeitgebern hinsichtlich der Tarifbindung noch viele offenen Baustellen gibt.“

Ein weiteres Thema der Gespräche in Meseberg waren die verschiedenen Aspekte der Lebensqualität in der Bundesrepublik. Damit wurde an die Bürgerdialoge „Gut leben in Deutschland“ angeknüpft. Der dbb Chef warnte in diesem Zusammenhang davor, Lebensqualität und Wohlstand ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der individuellen materiellen Situation zu betrachten: „Es geht dabei auch um gesellschaftlichen Wohlstand. Bildung, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit dürfen keine Frage des Geldbeutels des Einzelnen sein. Dafür braucht es eine funktionierende öffentliche Infrastruktur und natürlich einen leistungsstarken öffentlichen Dienst.“

(01/23/16)

Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes Europäische Union soll öffentliche Investitionen fördern und soziale Rechte stärken

(dbb) Mit Blick auf den internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2016 hat der dbb die Europäische Union aufgefordert, bessere Rahmenbedingungen für öffentliche Investitionen in moderne Infrastruktur und leistungsfähige Verwaltungen zu schaffen.

„Funktionierende öffentliche Dienstleistungen haben nicht nur einen positiven Effekt auf die vielfach kriselnden Volkswirtschaften. Sie sind vielmehr ein Stabilisator für die Demokratie“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 22. Juni 2016.

Notwendig sei deshalb etwa ein Stabilitätspakt, der neben der rein finanziellen auch die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität der Mitglieder der Eurozone berücksichtige und eben Investitionen in eine moderne öffentliche Infrastruktur und eine leistungsfähige Verwaltung positiv bewerte. Exemplarisch nannte Dauderstädt, der auch Vize-Präsident der Europäischen Union der unabhängigen Gewerkschaften (Confédération Européenne des Syndicats Indépendants/CESI) ist, die Steuerbehörden: „Eine effektive und effiziente Finanzverwaltung ist essentiell für gesunde Staatsfinanzen und für das Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Damit sie funktioniert, braucht sie aber eine aufgabengerechte Personal- und Sachausstattung. Wer hier spart, spart am falschen Ende und entzieht dem langfristigen Wachstum den Boden.“ Auch

dürften das Wettbewerbsrecht sowie die Vergabe von Mitteln aus den Investitions- und Strukturfonds nicht auf weitere Privatisierungen abzielen.

Vor dem Hintergrund der sozialen Spannungen in vielen Mitgliedstaaten in Folge der Wirtschaftskrise will der dbb außerdem das Projekt der EU-Kommission für eine „Europäische Säule sozialer Rechte“ unterstützen. Ziel ist es, die bestehenden sozialen Standards in Europa zu bündeln und dadurch mehr Klarheit für Beschäftigte etwa hinsichtlich des Kündigungsschutzes, der betrieblichen Mitbestimmung sowie des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu schaffen. Sowohl mögliche Regelungslücken als auch gemeinsame Prinzipien in der Sozialpolitik sollen benannt werden, um das Vertrauen in das europäische Projekt zu stärken.

„Die Sozialpolitik ist im Sinn der Subsidiarität grundsätzlich Sache der Mitgliedstaaten. Trotzdem wollen wir einen europäischen Grundkonsens schaffen, der zu nationalen Reformpro-

zessen im Sinne eines europäischen Arbeitsmarkts mit einem hohen Schutzniveau ermutigt“, so Dauderstädt. (02/23/16)

Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung "Verdiente Wertschätzung" für Bundesbeamte und Versorgungsempfänger

(dbb) Eine "verdiente Wertschätzung" des Dienstherrn Bund für seine Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sieht der dbb in dem jetzt vorgelegten Entwurf eines Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2016/2017 (BBVAnpG 2016/2017). Damit sollen die Dienst- und Versorgungsbezüge für den Bereich des Bundes entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses vom April 2016 für die Tarifbeschäftigten des Bundes in zwei Schritten in den Jahren 2016 und 2017 angepasst werden.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Hans-Ulrich Benra, sagte vor dem Beteiligungsgespräch zu dem Gesetzentwurf am 20. Juni 2016 in Berlin, auch die rasche Vorlage des Gesetzentwurfs sei ein "wichtiges Signal". "Unser gewerkschaftlicher Dachverband erkennt nachdrücklich an, dass der Entwurf - unter Beachtung der Unterschiede zwischen Tarif- und Beamtenrecht - eine durchgehend zeit- und inhaltsgleiche Umsetzung der Tarifeinigung vom 29. April vorsieht", machte Benra deutlich.

Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Bundes sowie Soldatinnen und Soldaten sollen in zwei Schritten in den Jahren 2016 und 2017 angepasst werden. "Auch, dass der Gesetzentwurf zeitnah zur Tarifeinigung vorgelegt wurde und die Bundesregierung damit die entsprechende Ankündigung des Bundesinnenministers umgesetzt hat, bewerten wir uneingeschränkt positiv", so Benra weiter. "Insgesamt wird mit dem Gesetzentwurf an dem bewährten Gleichklang der Statusgruppen festgehalten und gewährleistet, dass Tarifbeschäftigte und Beamte auf Bundesebene an der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung in gleicher Weise teilhaben." Dies sei

auch angesichts des Auseinanderdriftens der Besoldung und Versorgung in den Bundesländern beispielgebend. "Hier wird der Bund seiner Vorbildrolle gerecht", sagte Benra.

Mit der in dem Gesetzentwurf vom 1. Juni 2016 vorgesehenen Anpassung der Besoldung ab 1. März 2016 in Höhe von 2,2 Prozent beziehungsweise ab 1. Februar 2017 in Höhe von 2,35 Prozent vermeide der Bund die bei den Ländern vielfach vorherrschende Praxis, die Anpassung von Besoldung und Versorgung zeitlich zu verschieben beziehungsweise einzelne Besoldungsgruppen ganz davon auszuschließen. Der dbb erkenne zudem an, dass in den Gesetzentwurf auch die Ergänzung aufgenommen wurde, dass bei mehreren, zeitlich gestaffelten Erhöhungen der Besoldung und Versorgung die Verminderung um 0,2 Prozentpunkte (zur Bildung von Versorgungsrücklagen) nur bei dem ersten Schritt erfolgen soll - also bei der tariflich vorgesehenen Anpassung von 2,4 Prozent zum 1. März 2016. In seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf regte der dbb an, dass mit dem Kabinettsbeschluss auch eine Abschlagsauszahlungsverfügung veranlasst wird. Die Befassung durch das Bundeskabinett ist für die erste Juli-Hälfte vorgesehen. (03/23/16)

Lühmann zum Brexit-Referendum: „EU-Mitgliedschaft nicht leichtfertig aufgeben“

(dbb) Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann appelliert an die Briten, sich am 23. Juni 2016 gegen einen Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union zu entscheiden: „Europa braucht das Vereinigte Königreich! Vor allem die Vielfalt und die unterschiedlichen Perspektiven sind es, die die Europäische Union ausmachen. Wenn auch die Briten nicht immer ein leichter Partner sind, sorgen sie doch immer wieder für fruchtbare Diskussionen über die Richtung der Union.“ Lühmann äußerte sich am 20. Juni 2016 als Mitglied des Vorstands der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD), dem sie für den dbb angehört, zusammen mit anderen führenden Persönlichkeiten der deutschen Zivilgesellschaft.

Einer EU ohne die Briten würde eine wichtige Stimme im europäischen Chor fehlen, so Lühmann. „Ich hoffe, dass die Wählerinnen und Wähler am 23. Juni ihre gesamteuropäische Verantwortung sehen und wahrnehmen. Das europäische Projekt hat auch für die Briten unterm Strich mehr Vor- als Nachteile gebracht. Und natürlich gab und gibt es immer wieder Punkte, die die britisch-europäischen Beziehungen auf die Probe stellen.“ Die EU habe aber wiederholt bewiesen, nicht blind gegenüber den Bedürfnissen ihrer einzelnen Mitglieder zu sein. „Europa steht für das europäische

Wohlstandsversprechen und eine beispiellose Ära des Friedens. All das sollte nicht leichtfertig aufgegeben werden. Ein Europa der Nationalstaaten ist bereits einmal gescheitert, die EU ist trotz vieler Krisen und unterschiedlichster Interessen, die an ihr zerren, stabil. Das muss so bleiben.“ Ein Austritt des Vereinigten Königreichs sei zwar nicht das Ende der EU, erklärte Lühmann, „aber doch wie der schmerzliche Verlust eines geschätzten Familienmitglieds.“

(04/23/16)

Lehrerbedarf in Sachsen – Russ: Gespräche „sachorientiert“

(dbb) In einer gemeinsamen Erklärung sind die Gespräche über den Lehrerbedarf in Sachsen am 22. Juni 2016 von Finanz- und Kultusministerium sowie den Vertretern der GEW Sachsen und des dbb beamtenbund und tarifunion so bewertet worden: „In guter und konstruktiver Atmosphäre wurden Gespräche aufgenommen mit dem Ziel, gemeinsam Möglichkeiten auszuloten, wie der künftige Lehrerbedarf in Sachsen gedeckt werden kann. Die Gespräche sollen am 4. August 2016 fortgesetzt werden.“

Nach den Gesprächen unterrichtete dbb-Tarifchef Willi Russ, der für den dbb an dem Spitzengespräch teilgenommen hatte, die Verhandlungskommission. Am Anfang der Gespräche müsse eine Klärung der Datenlage stehen, so Russ. Jenseits davon sollten Zwischenberichte nicht permanent kommuniziert werden, um schnelle und vertrauensvolle Verhandlungen nicht zu gefährden.

Um den Lehrerberuf in Sachsen attraktiver zu gestalten, könne es für den dbb nicht nur darum gehen, die Einstellungsbedingungen für zukünftige Lehrkräfte zu verbessern. Auch die Interessen der Lehrkräfte, die Sachsen zu einem hervorragenden Bildungsstandort gemacht haben, müssten berücksichtigt werden.

(05/23/16)

dbb Vize Claus Weselsky unterstützt die Beschäftigten Stadt Naunhof: Warnstreiks werden fortgesetzt

(dbb) Am 27. und 28. Juni 2016 werden die Warnstreiks der Beschäftigten in Naunhof fortgesetzt. Nachdem Mitte Juni die Bereiche Verwaltung, Bauhof, Wasserversorgung und „KulturWerkstatt“ betroffen waren, werden nun die Kindertagesstätten für zwei Tage bestreikt.

Bei einer Demonstration auf dem Naunhofer Marktplatz, die am ersten Streiktag von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr stattfindet, wird der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky erwartet. „Die Beschäftigten in Naunhof stehen entschlossen für ihre berechnete Forderung nach einem Tarifvertrag ein. Das ist wichtig, denn für die Auseinandersetzung mit mauernden Arbeitgebern braucht man leider oft einen langen Atem. Dabei haben die Kolleginnen und Kollegen die Solidarität

des gesamten dbb und seiner Fachgewerkschaften“, erklärte Weselsky im Vorfeld.

Hintergrund:

Seit 1994 haben die Beschäftigten von Naunhof keinen gültigen Tarifvertrag mehr. Die Stadt ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Bezahlt wird nur auf Grundlage einzelvertraglicher Regelungen. Vielfach bleiben die Bezahlung und Arbeitsbedingungen hinter denen der übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurück

(06/23/16)

dbb mit Zertifikat „audit berufundfamilie“ ausgezeichnet

(dbb) Die dbb Bundesgeschäftsstelle ist am 23. Juni 2016 in Berlin für ihre strategisch angelegte familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik mit dem Zertifikat „audit berufundfamilie“ ausgezeichnet worden. Das Zertifikat nahm dbb Bundesgeschäftsführerin Marion Gipkens von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und John-Philip Hammersen, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Hertie Stiftung, Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeswirtschaftsminister, und Oliver Schmitz, Geschäftsführer der berufundfamilie Service GmbH, entgegen.

„Als erster gewerkschaftlicher Dachverband in Deutschland haben wir das Auditierungsverfahren als Voraussetzung für das drei Jahre gültige Zertifikat erfolgreich durchlaufen und damit gezeigt, dass sich der dbb als Arbeitgeber die gleichen Standards setzt, die er für seine Mitglieder von den Dienstherren und Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche in Sachen Vereinbarkeit einfordert“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich der Verleihung. „Der dbb ist sich der Leistungsfähigkeit und Professionalität seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit jeher bewusst und begreift eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Teil der Wertschätzung, die wir unserem starken Team, auf das sich über 1,2 Millionen Mitglieder verlassen können, entgegenbringen“, so der dbb Chef.

Oliver Schmitz, Geschäftsführer der berufundfamilie Service GmbH, betont: „Das Zertifikat ist nicht nur der Nachweis für das Engagement des Arbeitgebers, eine familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik zu etablieren. Das Zertifikat belegt auch, dass der Arbeitgeber diese an sich verändernden Rahmenbedingungen anpassen kann – sei es aufgrund externer Faktoren, wie neuer gesetzlicher Regelungen, oder hinsichtlich interner Entwicklungen.“

Den Beschäftigten der dbb Bundesgeschäftsstelle stehen u.a. familienbewusste Regelungen, wie etwa ein flexibles Arbeitszeitmodell

zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Verfügung. Bis zur Re-Auditierung in drei Jahren ist die Einführung weiterer Maßnahmen, wie beispielsweise die Stärkung familienbewusster Führung, geplant.

Einsetzbar in allen Branchen und unterschiedlichen Betriebsgrößen, erfasst das audit den Status quo der bereits angebotenen familien- und lebensphasenbewussten Maßnahmen, entwickelt systematisch das betriebsindividuelle Potenzial und sorgt mit verbindlichen Zielvereinbarungen dafür, dass Familienbewusstsein in der Organisationskultur verankert wird. Nach erfolgreichem Abschluss dieses Prozesses erteilt ein unabhängiges, prominent mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verbänden besetztes Kuratorium das Zertifikat zum audit. Die praktische Umsetzung wird von der berufundfamilie Service GmbH jährlich überprüft. Nach drei Jahren können im Rahmen einer Re-Auditierung weiterführende personalpolitische Ziele vereinbart werden. Nur bei erfolgreicher Re-Auditierung darf der Arbeitgeber das Zertifikat weiterführen. Seit der Einführung des audit im Jahr 1998 wurden über 1.600 Arbeitgeber mit dem Zertifikat ausgezeichnet. Aktuell sind in Deutschland insgesamt rund 1.000 Arbeitgeber nach dem audit berufundfamilie bzw. audit familiengerechte hochschule zertifiziert, davon können über 1,79 Millionen Beschäftigte profitieren. (07/23/16)

„Mütterrente“ auch für Beamtinnen umsetzen

(dbb) Der Deutsche Frauenrat setzt sich für die Übertragung der Mütterrente auf den Beamtenbereich ein. „Wir freuen uns sehr, dass die bundesweit größte Frauenlobby unsere Forderung mitträgt und sich für eine gerechtere Anerkennung von Kindererziehungszeiten auch in der Beamtenversorgung stark macht. Gemeinsam mit über 50 Frauenorganisationen setzen wir ein klares Zeichen für mehr Geschlechtergerechtigkeit und Fairness bei der Alterssicherung. Jetzt ist die Politik dran, die bestehenden Benachteiligungen auszuräumen“, machte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung am 22. Juni 2016 deutlich.

Auf seiner Mitgliederversammlung in Berlin am 15. und 16. Juni 2016 hatte der Deutsche

Frauenrat einen entsprechenden Antrag der dbb bundesfrauenvertretung einstimmig angenommen. Danach spricht sich der Zusammenschluss der Frauenorganisationen in Deutschland dafür aus, die bisher nur für Arbeitnehmende geltenden Regelungen zur besseren Anerkennung von Kindererziehungszeiten

auch auf den Beamtenbereich zu übertragen. Analog zur sogenannten Mütterrente müssen künftig auch in der Beamtenversorgung Erziehungszeiten für Kinder berücksichtigt werden, die vor dem 1. Januar 1992 geboren wurden, so die Forderung des Deutschen Frauenrates. (08/23/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB sieht öffentlichen Dienst in Bayern als „Arbeitgeber mit Vorbildfunktion“

(dbb) „Modern und zukunftssicher – das ist es, was wir uns für den öffentlichen Dienst wünschen. In Bayern ist man derzeit auf dem richtigen Weg“, sagte Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), zum „Tag des öffentlichen Dienstes“ am 23. Juni 2016. „Die Politik hat erkannt, dass ein starkes Bayern ohne einen starken öffentlichen Dienst nicht möglich ist. Als Kernelement des Staates stellt der öffentliche Dienst einen entscheidenden Standortfaktor dar.“ Tagtäglich leisteten in Bayern rund 500.000 Landes- und Kommunalbeschäftigte trotz manchmal schwieriger Rahmenbedingungen hervorragende, auch international anerkannte Arbeit.

Der öffentliche Dienst in Bayern habe in den vergangenen Jahren und vor allem in den letzten Monaten gezeigt, was er kann. Der Flüchtlingszustrom Ende des vergangenen und zu Beginn dieses Jahres habe allen vor Augen geführt, wie wichtig ein gut funktionierender öffentlicher Dienst ist. „Die zahlreichen Menschen, die nun auf der Suche nach einer neuen Heimat in Deutschland leben, werden ihn noch vor ganz andere Herausforderungen stellen. Auf ihrer Suche nach Sicherheit, Bildung und Arbeit wird der öffentliche Dienst an vielen Stellen eine wesentliche Rolle spielen“, konstatierte Habermann.

Umso wichtiger, dass er auch in Zukunft dem Wettbewerb um die besten Köpfe im Land standhält. „Da haben wir nicht nur rein monetäre Anreize im Auge“, erläuterte Habermann die Vorstellungen des BBB. Der öffentliche Dienst müsse – gerade angesichts seiner Vorbildfunktion als Arbeitgeber – seine Attraktivität auch über die sonstigen Arbeitsbedingungen immer weiter hervorheben. „Da befindet man sich in Bayern auf dem besten Weg“, betonte der BBB-Chef. (09/23/16)

NBB hüt Besoldungs- und Versorgungserhöhungen für "eine Farce"

(dbb) „Die vorgesehenen Erhöhungen der Bezüge der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger/innen des Landes und seiner Kommunen für die Jahre 2017 und 2018 sind über das jeweilige Jahr gesehen eine Farce.“ Diese Einschätzung traf der Landesvorsitzende des Niedersächsischen Beamtenbundes NBB, Friedhelm Schäfer, am 20. Juni 2016 nach der Haushaltsklausur der Landesregierung.

Der zwingend notwendige Einstieg in den Abbau des vorhandenen Einkommensrückstandes werde so nicht eingeleitet. Stattdessen werde am Sparmodell festgehalten und hingenommen, dass Niedersachsen einen der hinteren Plätze im Ländervergleich belegt. Dass das Land als Arbeitgeber zunehmend unattraktiv sei, werde akzeptiert. „Das ist keine zukunftsorientierte Politik, sondern auch eine Gefährdung des Standorts Niedersachsen, denn der braucht einen funktionierenden, motivierten öffentlichen Dienst“, machte Schäfer deutlich.

Es reiche nicht, mit seit langen überfälligen Beförderungen und monetären Verbesserungen im Bereich des Dienstes zu ungünstigen Zeitpunkten zu wollen. Schäfer: „Wir begrüßen diese Entscheidungen zwar, wie auch die Wiederaufnahme der Heilfürsorge für die Polizeibeamtinnen/-beamten, sie können aber über die verbleibenden Defizite und die Notwendigkeit, für das gesamte Personal mehr zu tun, nicht hinwegtäuschen.“ (10/23/16)

dbb sachsen-anhalt kritisiert: Jahressonderzahlung erst ab 2017

(dbb) Am 17. Juni 2016 haben sich der Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt Wolfgang Ladebeck und seine Stellvertreter Helmut Pastrik und Ulrich Stock zu einem ersten Spitzengespräch mit Landesfinanzminister André Schröder (CDU) getroffen. Themen waren die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung der öffentlichen Verwaltung. „Ob Sachsen-Anhalt mit diesem Programm im bundesweiten Wettbewerb um einen attraktiven öffentlichen Dienst punkten kann, muss sich noch erweisen“, sagte Ladebeck.

Wie eine der von der so genannten Kenia-Koalition beschlossenen Maßnahmen bei den Betroffenen angekommen ist, machte der dbb Landeschef gleich zu Beginn deutlich: „Die Beamten fühlen sich betrogen, wenn die Jahressonderzahlung, anders als vor den Wahlen versprochen, erst ab 2017 wiedereingeführt wird. Auch die Höhe der pauschalierten Sonderzahlung, 600 Euro bis zur Besoldungsgruppe A 8, 400 Euro ab A 9 und 200 Euro für Anwärter und Versorgungsempfänger, hat zu empörten Reaktionen geführt. Wertschätzung sieht anders aus.“ Die CDU-Fraktion mit Schröder als Fraktionschef hatte noch im Januar 2016 in Aussicht gestellt, dass die Beamtinnen und Beamten wieder Weihnachtsgeld erhalten, wenn möglich noch in diesem Jahr. Finanzminister Schröder bestätigte, dass eine Jahressonderzahlung ab 2017 wiedereingeführt wird. Schröder wies darauf hin, dass die

Koalition vereinbart habe, künftige Tarifabschlüsse sowohl inhalts- als auch zeitgleich auf die Besoldung zu übertragen. Ladebeck erinnerte daran, dass das Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, eine amtsangemessene Besoldung herzustellen, vom Bundesverfassungsgericht erhalten hatte.

Kritik äußerte der dbb Landesvorsitzende auch an der beabsichtigten Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamte im Polizei- und Justizvollzugsdienst sowie im Einsatzdienst der Feuerwehren bis zur Besoldungsgruppe A 11 auf 61 Jahre und ab Besoldungsgruppe A 12 auf 62 Jahre. „Die Lebensarbeitszeit in gefährungeneigten Berufen wie Polizei und Feuerwehr muss an den besonderen Belastungen wie dem Wechselschichtdienst festgemacht werden und nicht an Besoldungsgruppen“, so Ladebeck.
(11/23/16)

tbb fordert Rückkehr zur Verbeamtung von Lehrern

(dbb) Der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes tbb, Helmut Liebermann, fordert ein grundlegendes Umdenken der Landesregierung, um den Lehrernachwuchs der künftigen Jahre für Thüringen zu sichern. „Sonst stimmen die Lehrer mit den Füßen ab“, befürchtet er.

Thüringen gehöre gegenwärtig neben Sachsen und Berlin zu den Ländern, die bundesdeutsche Normalität verweigern und Lehrerinnen und Lehrer nicht als Beamte einstellen, erklärte Liebermann am 21. Juni 2016. „Wer nicht sieht, dass diese Blockadehaltung zu einem entscheidenden Standortnachteil geworden ist, will Realitäten nicht anerkennen.“ Man müsse kein Befürworter des Beamtentums sein, um zu erkennen, dass Thüringen seine Wettbewerbsfähigkeit im Werben um gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen ohne die Rückkehr zur Verbeamtung nicht mehr gewährleisten könne.

In allen Bundesländern herrsche Lehrermangel, vor allem in Fächern wie Mathe, Physik, Musik und Sport. 500 Neueinstellungen pro Jahr - diese Zielmarke wäre 2012 für Thüringen angemessen gewesen, heute aber reiche das längst nicht mehr aus. „Wer in den kommenden Jahren einen qualitativ guten Unterricht gewährleisten will, muss die Attraktivität des Lehrerberufs insgesamt erhöhen, sowohl für die junge Generation als auch für ältere Kolleginnen und Kollegen“, so Liebermann.
(12/23/16)

dbb und DPoG lehnen "Hilfspolizei" im Einsatz gegen Einbrecher ab

(dbb) Der Vorschlag von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, im Kampf gegen immer mehr Einbrecher müsse man auf schnell ausgebildete „Hilfspolizisten“ setzen, ist auf breiten Widerstand gestoßen. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt sagte dem "Handelsblatt" (Ausgabe vom 16. Juni 2016): "Wir brauchen ausreichend gut ausgebildete Polizisten und keine

staatliche Bürgerwehr. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist ein viel zu hohes Gut, um sie halb-, viertel- oder gar zehntelausgebildeten Hilfspolizisten zu überlassen."

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), sagte der "Bild"-Zeitung (Ausgabe vom 16. Juni 2016): "Wachpolizisten sind für den Schutz vor Einbrechern nicht ausgebildet. Sie können die Polizei lediglich beim Objektschutz von Botschaften und Flüchtlingsheimen oder der Aufnahme

von Blechschäden im Straßenverkehr entlasten. Nur voll ausgebildete Polizisten können es mit gefährlichen Einbrecherbanden aufnehmen." Allerdings könnten Wachpolizisten nach mehreren Monaten Dienst erfahrung auch zu vollwertigen Polizisten ausgebildet werden. Dies sei eine Option, so Wendt. (13/23/16)

**Erbschaftsteuer - Hängepartie vorläufig beendet
Eigenthaler: Chance für verfassungsfeste Neuregelung verspielt**

(dbb) Die Spitzen der Berliner Regierungsfractionen aus Union und SPD haben sich am 20. Juni 2016 auf ein Kompromissmodell zur Erbschaftsteuerreform verständigt. Damit wurde eine Monate lange Hängepartie beendet. "Die Chance für eine verfassungsfeste Neuordnung wurde leider verspielt", sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler am 22. Juni 2016.

Es sei weiter so, dass die einen viel bezahlen und andere gar nichts „Dies ist wegen des Gleichheitssatzes nicht in Ordnung“, so Eigenthaler. Auch falle der Mehrertrag leider nur sehr bescheiden aus.

Hintergrund dieser kritischen Einschätzung ist, dass das Verschonungsregelwerk im Grunde nicht verändert wurde. Dies zeige sich daran, dass beim heutigen Aufkommen von rund fünf Milliarden Euro für alle Bundesländer lediglich mit einem Mehrertrag von 200 Millionen Euro gerechnet werden könne. Dies sei aus DSTG-Sicht völlig unzureichend, da Jahr für Jahr Vermögen von rund 300 Milliarden Euro vererbt werde. Dies sei nicht die vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe geforderte Reform, sondern lediglich ein Neuanstrich des alten großzügigen Verschonungsgerüsts.

Kritisch sehe die DSTG auch, dass der Gesetzgeber wiederum erst auf den letzten Metern eine Entscheidung fand. Beschlossen wurde ein Gesetz, das - wenn es zustande kommt - rückwirkend gilt und damit die Finanzverwaltung vor große Probleme stellt. „Wir müssen von heute auf morgen ein neues Gesetz administrieren, ohne dass wir dafür schon in irgendeiner Weise fortgebildet wurden“, kritisierte Eigenthaler.

Die Reform war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht Ende 2014 die Verschonungsregelungen für betriebliches Vermögen als zu günstig eingestuft und als verfassungswidrig verworfen hatte. Gleichzeitig gab es dem Gesetzgeber auf, bis Ende Juni 2016 eine Korrektur herbeizuführen. (14/23/16)

BDZ sieht "skandalöse Verschlechterung" in neuem Leiharbeitsgesetz

(dbb) Eigentlich sollte das Anfang Juni 2016 vom Bundeskabinett beschlossene neue Leiharbeitsgesetz Hunderttausende Arbeitnehmer besser gegen Scheinwerkverträge schützen. Doch Arbeitsrechtler und die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ üben scharfe Kritik: Das Gesetz sei eine "skandalöse Verschlechterung", so der BDZ am 16. Juni 2016 gegenüber dem rbb.

Der Zoll ist in Deutschland für die Verfolgung von illegaler Beschäftigung und Hinterziehung von Sozialbeiträgen zuständig - auch bei Scheinwerkverträgen. Allerdings gibt es im

neuen Gesetz einen Passus, wonach der Missbrauch auch nachträglich legalisiert werden kann: Wenn die Leiharbeitnehmer ein Papier unterschrieben haben, dass sie freiwillig auch



in Zukunft bei dem Verleiher bleiben wollen, ist das Ganze nicht mehr illegal.

Kann die Verleihfirma eine solche Widerspruchserklärung vorlegen, entfallen strafrechtliche Ermittlungen. Der BDZ kritisiert daher, das Gesetz diene "offensichtlich nur dazu, die Nutzer von Scheinwerkverträgen vor hohen Nachzahlungen und Strafverfolgung zu bewahren". Scheinwerkverträge würden weniger riskant. Auch der Arbeitsrechtler Prof. Peter

Schüren sieht darin "eine Einladung zum Missbrauch".

Das Bundesarbeitsministerium konterte laut rbb, die Widerspruchsklausel solle Leiharbeiter nur schützen. Auf den Vorwurf, Straf Ermittlungen damit zu verhindern, sei das Ministerium nicht konkret eingegangen.

(15/23/16)

GDL unterstützt Ermittlungen

(dbb) Unter der Überschrift „GDL unterstützt Ermittlungen“ veröffentlichte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer am 20. Juni 2016 auf ihrer Homepage folgende Information:

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hatte im Jahre 2014 leider eine kriminelle Handlung im Hause feststellen müssen. Doch durch richtiges und exaktes Handeln des GDL-Vorstands zum Schutz des GDL-Vermögens konnte der durch eine Untreue eines nachgeordneten Mitarbeiters entstandene Schaden behoben werden.

Der Täter hatte seine Verfehlung im Jahre 2014 zugegeben, sofort einen großen Teil des widerrechtlich entwendeten Geldes zurückbezahlt und sich anschließend zur Rückzahlung des gesamten noch ausstehenden Betrages verpflichtet. Angesichts des Geständnisses, der Reue und der Bereitschaft zur Wiedergutmachung verzichtete die GDL auf eine Anzeige, was sie ohne jegliche rechtliche Beanstandung als Organisation auch darf. Der Angestellte hat sein Arbeitsverhältnis mit der GDL sofort beendet.

Interessierte Kreise haben den Vorgang zur Anzeige und somit die GDL erneut in die Schlagzeilen gebracht. Im Zuge der Ermittlungen gegen den Täter fand nun am 24. Mai 2016 eine kriminalpolizeiliche Untersuchung in den Räumlichkeiten der Frankfurter Hauptgeschäftsstelle der GDL statt. Das dieser Durchsuchung zu Grunde liegende Ermittlungsverfahren richtet sich in keiner Weise gegen die GDL, gegen ihren geschäftsführenden Vorstand oder gegen andere Organe, sondern ausschließlich gegen den ehemaligen Mitarbeiter. Gegenstand der Durchsuchung waren daher ausschließlich Unterlagen, die diesen Mitarbeiter betreffen. Diese Unterlagen stellte die GDL den Ermittlern im Zuge der bereitwillig gewährten Kooperation und Unterstützung vollständig zur Verfügung.

Damit ist der Vorgang für die GDL eigentlich erledigt. Das weitere Vorgehen obliegt der Justiz.

(16/23/16)

Bildungsbericht 2016 - VBE sieht Deutschland von Bildungsgerechtigkeit weit entfernt

(dbb) „Die Ergebnisse des Bildungsberichts 2016 zeigen ganz klar, dass Bildungschancen immer noch stark abhängig von Wohnort und Umfeld sind. Die bisherigen Bemühungen zeigen zwar Wirkung, aber es ist noch deutlich mehr Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen notwendig, um Chancengleichheit in ganz Deutschland zu verwirklichen. Da ist noch viel Luft nach oben“, kommentierte Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender, den am 16. Juni 2016 erschienenen Bildungsbericht für Deutschland. Diese Bestandsaufnahme des Bildungssystems wird alle zwei Jahre von Bundesbildungsministerium und Kultusministerkonferenz herausgegeben.

Es zeigt sich, dass die Kritik der Lehrerorganisationen fruchtet. Das eigens gesetzte Ziel der Bundesregierung, zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Bildung auszugeben, konnte noch nicht erreicht werden. Der

Anteil am BIP hat sich jedoch erkennbar erhöht. Beckmann: „Bildung kann nur zum vielbeschworenen Schlüssel der Integration werden, wenn die Politik bereit ist, hinreichend Geld zur Verfügung zu stellen und die Gelin gungsbedingungen stimmen.“

Ein großes Problem bleibt der Lehrermangel. Je nach Berechnungsmodell werde von einem Bedarf von bis zu 44.000 zusätzlichen Lehrstellen ausgegangen. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz schlug die Erhöhung des Stundenvolumens von Teilzeitkräften und die Aktivierung von pädagogischen Fachkräften,

die bisher nicht in ihrem eigentlichen Beruf arbeiten, vor. Der VBE-Bundesvorsitzende mahnt: „Wir haben sehr viele Frauen, die als Teilzeitkräfte arbeiten. Eine Erhöhung dieses Stundenvolumens wird nur möglich sein, wenn deren Vereinbarkeit von Beruf und Familie trotzdem gelingt.“
(17/23/16)

Bildungsbericht 2016 - DPhV warnt vor Entwertung von Abschlüssen

(dbb) Der von den Autoren des Bildungsberichts 2016 als Erfolg gewertete Anstieg der Quote der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife von 29,6 Prozent (2006) auf 41 Prozent (2014) hat nach Ansicht des DPhV-Vorsitzenden Heinz-Peter Meidinger nicht nur positive Auswirkungen. „Es mehren sich die Anzeichen, dass die Qualität der Abschlüsse mit der gestiegenen Quantität nicht Schritt gehalten hat“, sagte der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes und verwies auf entsprechende Studien, steigende Abbruchquoten in vielen Studienfächern, aber auch Beobachtungen an Hochschulen und bei Arbeitgebern. „Zu befürchten ist, dass dadurch nicht nur Hauptschul- und Realschulabschlüsse entwertet werden, weil ein Verdrängungswettbewerb nach unten stattfindet, sondern auch das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung mittel- und langfristig in Frage gestellt wird, wenn hinter der Studienberechtigung immer häufiger keine Studienbefähigung mehr steht“, sagte Meidinger.

Der DPhV-Vorsitzende unterstützte die Autoren des Bildungsberichts in ihrer Forderung, mehr Ressourcen für die Integration von Flüchtlingskindern ins Schulsystem bereitzustellen. Insbesondere der jetzt anstehende nächste Schritt, die Überführung von Flüchtlingskindern aus den Willkommens-, Übergangs- und Sprachlernklassen in die Normalklassen der verschiedenen Schularten, brauche noch mehr Unterfütterung.

Zu bedauern sei, dass in der Bildungsstudie 2016 zwar zu Recht der Förderung leistungsschwächerer und bildungsferner Jugendlicher breiter Raum gewidmet, die Frage der nur völlig unzureichenden Hochbegabtenförderung aber weitestgehend ausgespart wird, so Meidinger.
(18/23/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Zu einem Meinungsaustausch über die Personalsituation in den drei Postnachfolgeunternehmen sind dbb Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra und DPVKOM-Chef Volker Geyer am 16. Juni 2016 in Berlin mit dem Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Johannes Geismann zusammengetroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Frage der künftigen strategischen Ausrichtung sowie weiteren Entwicklung der Postnachfolgeunternehmen nach dem Inkrafttreten des Postpersonalrechtsgesetzes. Thematisiert wurde auch die gesetzliche Vorruhestandsregelung für die Beamten von Post, Postbank und Telekom. Dabei bekräftigten beide Gewerkschafter die Forderung nach einer Verlängerung der Vorruhestandsregelung über den 31. Dezember 2016 hinaus.

Zu einem Antrittsbesuch hat sich die neue Staatssekretärin im brandenburgischen Ministerium des Innern und für Kommunales Katrin Lange am 21. Juni 2016 mit dbb Tarifchef Willi Russ und dem stellvertretenden Vorsitzenden der dbb Bundestarifkommission Karl-Heinz Leverkus im dbb forum berlin getroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die laufenden Verhandlungen über Maßnahmen zur Sicherstellung der Attraktivität der Landesverwaltung in Brandenburg sowie die Verwaltungsstrukturreform. Russ betonte, für den dbb stehe besonders die Entlastung lebensälterer Beschäftigter im Fokus. Insbesondere werde sich der dbb für attraktive Altersteilzeitregelungen in der Landesverwaltung Brandenburgs einsetzen. Darüber hinaus müssten die Ergebnisse der Verhandlungen „als Gesamtpaket allen Tarif-

beschäftigen und Beamten in Brandenburg zugekommen. Das gilt für Nachwuchskräfte ebenso wie für die dienstälteren Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung.“

Immer mehr Grundschullehrkräfte sorgen sich um die Gesundheit muslimischer Kinder, da offenbar vermehrt Grundschüler am Fasten während des Ramadans teilnehmen. Das heißt, sie trinken und essen während des gesamten Schultags nichts. Die Folge ist, dass die Kinder, besonders bei steigenden Temperaturen, zu erschöpft sind, um noch am Unterricht, an Klassenarbeiten oder an einem Sportfest teilzunehmen. „Wir respektieren die Ausübung religiöser Vorschriften. In der Regel gehen muslimische Eltern verantwortungsbewusst damit um. Es ist aber eine Grenze überschritten, wenn die Gesundheit der Kinder und der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule leiden“, sagte der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann**, am 22. Juni 2016. Lehrkräfte haben eine Aufsichts- und Fürsorgepflicht. Der VBE rät daher den Schulen, Eltern von Kindern, die sich trotz erkennbarer Erschöpfung weigern, zu essen oder zu trinken, zu benachrichtigen, um die Kinder abzuholen. Vermuten sie eine ernste gesundheitliche Gefahr, sollten sie einen Arzt hinzuziehen.

In der Tarifauseinandersetzung mit der Securita-Krankenkasse in Hamburg hat der dbb hamburg der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) den Rücken gestärkt. Was bei allen anderen gesetzlichen Krankenversicherungen der Normalfall ist, lehne die Securita ab - Gespräche mit der GdS aufzunehmen. Die Weigerung der öffentliche-gesetzlichen Krankenkasse könne nur bedeuten, "dass sie ihre Beschäftigten anscheinend miserabel - zumindest aber untertariflich - bezahlt", stellte der Vorsitzende des dbb hamburg, **Rudolf Klüver**, am 20. Juni 2016 fest. Die Unternehmensphilosophie der Securita passe nicht mit den berechtigten Interessen ihrer Beschäftigten zusammen, so Klüver. Daher werde die GdS ihren laufenden Streik fortsetzen.

Durchschnittlich rund 900 Fahrräder werden täglich in Deutschland geklaut, hat die Polizei

ermittelt, im vergangenen Jahr waren es 335.000. "Fahrräder sind ein heiß begehrtes Diebesgut", sagte **Rainer Wendt**, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), der "Bild"-Zeitung (Ausgabe vom 20. Juni 2016). "Zumal die neuen Modelle wie E-Bikes oder Luxus-Lastenräder immer teurer werden." Verhindern lasse sich das kaum. Da die Polizei aber nicht jeden Innenhof und jeden Fahrradständer in der Stadt überwachen könne, müssten die Besitzer selbst Vorsorge treffen. "Wer 1.000 Euro oder mehr für ein neues Fahrrad ausgibt, der muss auch bereit sein, das Geld für ein vernünftiges Fahrradschloss auszugeben", so Wendt.

Weniger Beschäftigte bei Bund, Ländern und Sozialversicherung führten bis Mitte 2015 insgesamt zu einem Personalarückgang im öffentlichen Dienst. Wie das **Statistische Bundesamt** anlässlich des "Tages der Vereinten Nationen für den öffentlichen Dienst" am 23. Juni 2016 mitteilte, waren am 30. Juni 2015 rund 4,65 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst tätig und damit 0,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Auf Bundesebene kam es 2015 im Vergleich zum Vorjahr zu einem Personalarückgang um rund 7.100 Personen (- 1,4 Prozent) auf rund 489.400 Beschäftigte. Im Landesbereich nahm das Personal um 9.600 (- 0,4 Prozent) auf 2.346.900 Beschäftigte ab, was hauptsächlich durch einen Personalabbau im Schulbereich bedingt war. Die Zahl der Beschäftigten bei der Polizei blieb stabil bei 311.000. Bei der Sozialversicherung kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Verringerung der Beschäftigtenzahl um 1.800 (- 0,5 Prozent) auf 369.600 Personen. Einzig im kommunalen Bereich des öffentlichen Dienstes stieg die Beschäftigtenzahl, und zwar um insgesamt 11.500 Personen (+ 0,8 Prozent). Mit einem Plus von 5,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gab es beim Personal an kommunalen Kindertageseinrichtungen einen Zuwachs auf rund 197.000 Beschäftigte (+ 9 700 Personen). Von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insgesamt waren rund 36 Prozent im Beamtenverhältnis oder als Richter/-innen und 60 Prozent als Arbeitnehmer/-innen tätig. (19/23/16)

Termine zum Vormerken

Wertschätzungskonferenz der dbb jugend

"Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst"
Berlin, 29. August 2016

11. dbb Medienkonferenz

"Reformdruck, Sparzwang, Glaubwürdigkeitsproblem –
Ist der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen in Gefahr?"
Berlin, 19./20. September 2016

3. Seniorenpolitische Fachtagung

"Hat der Generationenvertrag eine Zukunft? Alterseinkünfte heute und morgen"
Berlin, 26. September 2016
